

«Endlich reagiert der Bundesrat»

Die Schweiz übernimmt die EU-Sanktionen gegen Russland: Was Ostschweizer Parlamentsmitglieder dazu sagen.

Adrian Vögele aus Bern

Jetzt steht es fest: Die Schweiz schliesst sich den EU-Sanktionen gegen Russland an. Kurz nachdem der Bundesrat seinen Entscheid am Montagmorgen verkündet hatte, meldete sich auch der Nationalrat zu Wort: Die grosse Kammer verabschiedete eine Erklärung, die den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und einen sofortigen Waffenstillstand verlangt. Der Nationalrat fordert den Bundesrat unter anderem auf, «den Druck auf Russland zu erhöhen, indem sich die Schweiz den EU-Sanktionen gegen Russland anschliesst».

Das Jahr 1815 ist schon lange vorbei

Schon vor dem Entscheid sprachen sich Ostschweizer Parlamentsmitglieder für einen klaren Kurs der Schweiz bei den Sanktionen aus. Die Schweiz müsse zur Kenntnis nehmen, «dass wir wirtschaftlich nicht mehr in Zeiten des Wiener Kongresses von 1815 leben, als der Grundstein für die schweizerische Neutralität



Auch im Nationalrat ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine das beherrschende Thema: Bundespräsident Ignazio Cassis (rechts) begründet am Montag die Kehrtwende hin zur Übernahme der EU-Sanktionen.

Bild: Alessandro Della Valle/KEY (Bern, 28. Februar 2022)

nehmen. Dies schliesst nicht aus, dass wir weiterhin die guten Dienste anbieten, wir sind ja auch nicht Teil der Nato.»

Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) sagt: «Dieser kriminelle Aggressionskrieg ist ein existenzieller Angriff auf die europäische Friedensordnung. Putins Frevel gehört schärfstens verurteilt und sanktioniert, und der ukrainischen Bevölkerung müssen wir humanitäre Hilfe leisten.» Es sei richtig, dass das Parlament den Bundesrat in dieser Richtung bestärke und unterstütze.

Sanktionen: Reimann gegen automatische Übernahme

Im Nationalrat wurde dann die Erklärung deutlich angenommen. Alle Fraktionen stimmten zu – mit Ausnahme der SVP. Sie kritisierte, die Übernahme der EU-Sanktionen sei nicht mit der Neutralität der Schweiz vereinbar. Die Erklärung des Parlaments schränke den Handlungsspielraum der Schweiz als Vermittlerin für die Kriegsparteien

ein. Lukas Reimann (SVP/SG) wollte die zuständige Kommission beauftragen, den Text der Erklärung umzuformulieren: Die Schweiz müsse ihre Sanktionen autonom beschliessen – und dürfe sich nicht einfach generell auf EU-Sanktionslisten stützen, die sich ständig ändern würden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Ostschweizer Nationalrätinnen und Nationalräte stimmten jeweils mit ihrer Partei. Einzig David Zuberbühler (SVP/AR) enthielt sich der Stimme: «Ich hätte die Erklärung in allen Punkten unterstützt – aber der letzte Punkt mit der Übernahme der EU-Sanktionen kommt für mich nicht in Frage.» Es gehe dabei nicht nur um die jetzt gültigen EU-Sanktionen gegen Russland – «diese hat der Bundesrat jetzt ja ohnehin bereits übernommen» –, sondern auch um künftige.

Bisherige Haltung «völlig inakzeptabel»

Auf der linken Seite ist die Erleichterung am Montagnach-

mittag gross. «Der Druck hat gewirkt – endlich reagiert der Bundesrat», schreibt Claudia Friedl (SP/SG) auf Twitter. «Die Schweiz gehört zu Europa!» Kurz vor dem Start der Session hatte Friedl auf Anfrage gesagt: «Es ist in keiner Weise nachvollziehbar und völlig inakzeptabel, dass der Bundesrat sich nicht voll und ganz hinter die EU-Sanktionen stellt.» Die Schweiz sei der wichtigste Rohstoffhandelsplatz für russische Konzerne, daher sei das zögerliche Verhalten des Bundesrats



Claudia Friedl, St. Galler SP-Nationalrätin.

Bild: Anthony Anex/KEY

erst recht unverantwortbar. So bleibe das Geld zugänglich, welches zur Finanzierung des Angriffskriegs Russlands benötigt werde.

Auch Edith Graf-Litscher (SP/TG) – die am Montag aus aktuellem Anlass in den ukrainischen Nationalfarben Gelb und Blau gekleidet ist – zeigt sich froh über den Bundesratsbeschluss und den Entscheid des Nationalrats: «Es ist wichtig, dass wir dieses Zeichen gesetzt haben.»

Kurt Egger (Grüne/TG) bezeichnet das Neutralitätsargument als «faule Ausrede». Das Völkerrecht stehe über allem – «wenn es verletzt wird, ist eine neutrale Haltung gar nicht möglich». Auch Nicolo Paganini (Die Mitte/SG) sagt: «Die Schweiz als kleiner Staat mitten in Europa hat ein vitalstes Interesse daran, dass das Völkerrecht nicht mit Füßen getreten wird.» Darum sei es richtig, dass sich die Schweiz den internationalen Sanktionen anschliesse.

Kanton St. Gallen liefert Hilfsgüter für Flüchtlinge

Ukraine-Krise Seit Kriegsausbruch in der Ukraine sind bereits Tausende Zivilisten nach Polen, Rumänien und Tschechien geflüchtet. In den nächsten Tagen werden dort bis zu 500 000 weitere Flüchtlinge erwartet. Der Kanton St. Gallen will ihnen helfen und bereitet derzeit die Lieferung von Hilfsgütern vor. Das berichtet das Regionaljournal Ostschweiz von Radio SRF. Ein erster Lastwagen soll die Stadt St. Gallen heute Abend in Richtung rumänisch-ukrainischer Grenze verlassen.

Angesichts der Situation in der Ukraine wolle der Kanton St. Gallen rasch mit Hilfsgütern vor Ort sein, wird im Beitrag des Regionaljournals Jörg Köhler, der Chef des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz zitiert. In Rücksprache mit Regierungsrat Fredy Fässler habe man entschieden, nicht auf die Bundesbehörden zu warten, sondern sofort zu handeln. Material wie Feldbetten, Kochutensilien, Schutzhelme, Kleider und Schuhe seien für den ersten Transport bereits genügend bereitgestellt worden.

Gesucht sind Schlafsäcke und Wolldecken

Was noch fehle, so Jörg Köhler, seien vor allem Schlafsäcke und Wolldecken. Die kantonalen Behörden rufen die Bevölkerung auf, solches Material zu spenden. Es kann ab Dienstagmorgen an der Mingerstrasse 2 in St. Gallen abgegeben werden. Am Abend soll ein erster Lastwagen in Richtung Rumänien losfahren. Ein zweiter Transport ist für die nächsten Tage an die polnisch-ukrainische Grenze geplant. Kontakteute vor Ort sind dafür besorgt, dass die Hilfsgüter die Flüchtlinge auch erreichen. (vve)



Ukrainische Flüchtlinge an der rumänischen Grenze.

Bild: Keystone/Alexandru Dobre

Kanton Thurgau räumt in der Spitexwelt auf

Rosinenpickerei gegen Subventionitis: Der Thurgau reagiert auf Kritik der Weko und Vorwürfe der Pflegedienste.

Thomas Wunderlin

Die Thurgauer Spitexdienste zerfallen in zwei Gruppen. Beide sind nicht gut auf die jeweils andere zu sprechen. Da sind zum einen Pflegedienste, die von einer Gemeinde offiziell einen Versorgungsauftrag erhalten haben. Sie werden auch offizielle Spitex genannt. Dann gibt es die anderen ohne einen solchen Auftrag, die sogenannten privaten Spitex, die sich meist auf einen Teilbereich spezialisiert haben wie die Lungenliga; dazu gehören auch profitorientierte Fir-

men. Die offiziellen Spitex werfen den Privaten Rosinenpickerei vor, weil sie keine Verantwortung etwa für einen 24-Stunden-Betrieb übernehmen. Die Privaten werfen den Gemeinden vor, sie würden die Offiziellen subventionieren. Denn die Gemeinden richten ihre Tarife (die Restkostenbeiträge) an den Berechnungen der offiziellen Spitex aus. Je nach Gemeinde kommt dabei ein unterschiedliches Resultat heraus. Auch die Wettbewerbskommission kritisiert die Berechnung der Thurgauer Spitextarife.

Deshalb beauftragte die Regierung im November 2020 eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Grundlagenberichts. Geleitet wurde sie vom Präsidenten des Verbands Thurgauer Gemeinden, Kurt Baumann. Er und Regierungsrat Urs Martin stellten gestern den Bericht vor.

Transparenz, Qualität, Ausbildungspflicht

Dieser enthält einen sechsteiligen Fahrplan zur Umgestaltung des Spitexmarkts. Die einzelnen Leistungen sollen transparent eingeteilt werden (1). Das Ge-

sundheitsamt bearbeitet derzeit die Zulassungsanträge von fünf weiteren Spitexdiensten. Neu ist unter anderem eine Spitex, die pflegende Angehörige einsetzt. Baumann sagte: «Die Privaten haben ihre Daseinsberechtigung, sie füllen Nischen.» Es gebe aber keine Hinweise, dass sie im Bereich der höher qualifizierten Pflege günstiger seien als die nicht-profitorientierten Organisationen. Ein kantonsweites Finanzierungsmodell soll die Einzeltarife ablösen (2). Gerade überkantonal tätigen Organisationen ist es nicht zuzumuten,

die Abrechnungsmodalitäten aller Gemeinden in den Griff zu bekommen. Die Anforderungen ans Personal sollen transparenter werden und damit auch besser durchsetzbar (3). Von interkantonalen Organisationen kann nicht erwartet werden, dass sie eine Betriebsleiterin im Thurgau stationiert. Stattdessen soll im Kanton eine Bereichsleiterin Pflege, die Verantwortung übernehmen. Alle Spitexdienste sollen verpflichtet werden, Nachwuchs auszubilden oder eine Ausgleichszahlung zu leisten (4). Jeder Spitexdienst soll

über ein Qualitätsmanagement verfügen (5). Regierungsrat Martin sagte: «Wir wollen bessere Qualität.» Eine neue Fachstelle soll die einzelnen Spitexdienste dabei unterstützen, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen (6). Angesiedelt werden soll diese Fachstelle beim Spitex-Verband Thurgau.

Als «wichtigen Punkt» strich Baumann heraus, dass die Gemeinden weiterhin frei sind in der Wahl des Spitexdienstes, je nach Leistungssegment könnten sie aber mehrere Organisationen beauftragen.